

72 - 8.05. 1971

# Haushaltsplan der Gemeinde Nackenheim steht zwischen „Realität und Optimismus“

m. Nackenheim. Gegen die Stimmen der beiden Vertreter der Freien Liste billigten die Ratsmitglieder der CDU- und SPD-Fraktion in ihrer jüngsten Sitzung den ordentlichen Haushaltsplan für das Jahr 1971, der in Einnahmen mit 3 511 160 Mark und in Ausgaben mit 3 903 775 Mark abschließt. Der außerordentliche Etat hat in Einnahmen und Ausgaben ein Volumen von 2 545 000 Mark. Bürgermeister Günter Ollig führte dazu aus, daß die Rekordsumme auf die Erschließung des Neubaugebietes „Gehren“, den Kanalisationsaufgaben und des Straßenneubaus zurückzuführen sei. Die Finanzlücke sei mit 392 615 Mark gegenüber dem Vorjahr (474 000 Mark) geringer.

Die Deckungslücke finde in erster Linie durch die Steigerungen der persönlichen und sächlichen Kosten und durch die Lohn- und Preissteigerungen sowie der Rückgänge der Gewerbesteuererinnahmen ihren Niederschlag. Zur gegebenen Zeit wolle die Gemeinde bei den zuständigen Stellen Anträge zum Haushaltsausgleich stellen. Trotz des angespannten Etats habe man für den dringend erforderlichen neuen Kinderspielplatz 12 000 Mark ausgewiesen. 20 000 Mark verschlingen die neuen Straßenverkehrsschilder.

Die Innenrenovierung des Rathauses verschlinge 12 000 Mark. Zu Buche würden auch die Personalkosten für die Einstellung des zweiten Klärwärters schlagen. Für den Neubau eines Feuerwehrgereätehauses habe man 10 000 Mark veranschlagt. Zur Erschließung von rund 100 neuen Bauplätzen im Gebiet „Gehren“ seien Ausgaben in Höhe von 1 340 000 Mark vorgesehen. Nach Meinung der Verwaltung sei hier eine Gesamterschließung notwendig.

Bürgermeister Ollig erklärte weiter, bei einer Umlegung von 80 Prozent der Gesamtkosten müsse die Gemeinde bis zur Gesamtumlegung ein Darlehen von rund

350 000 Mark aufnehmen. Das Gesamtvermögen der Gemeinde betrage 6 649 474 Mark. Dem gegenüber stünden Schulden von insgesamt 2 269 253 Mark. Für den Ausbau von Straßen im Neubaugebiet habe man insgesamt 1 099 000 Mark veranschlagt. An Kreisumlage müsse die Gemeinde 145 000 Mark und an Gewerbesteuerumlage 84 400 Mark zahlen. Die Gesamtaufwendungen für die Volksschule würden 287 209 Mark betragen. Das Ortsoberrhaupt dankte allen Rats- und Ausschußmitgliedern für die fruchtbringende Arbeit bei den umfangreichen Vorbereitungen. Alle hätten ihre Arbeit zum Wohle der Bürger eingesetzt.

Ratsmitglied Franz-Josef Bernard (CDU) bezeichnete den vorliegenden Etat als einen typischen Expansionshaushalt mit viel Zukunftsmusik. Der Plan zeige, daß noch viele Probleme gelöst werden müßten. Im Augenblick entsprächen die Ansätze den Realitäten. Bernard bemängelte die Höhe der Weinbergshut und plädierte für eine Senkung von 1,70 Mark auf 1,50 Mark pro Ar. Ansonsten stimme die CDU zu.

Der Sprecher der SPD, Reinhold Holack, betonte, der vorliegende Haushalt

sei real, mit etwas Optimismus gepaart. Die zu erkennenden Probleme könnten jedoch gelöst werden. Die SPD-Fraktion billige deshalb den Haushaltsplan.

Der Sprecher der Freien Liste, Josef Gabel, distanzierte sich von den früheren allgemeinen Anschuldigungen, die Fraktion habe zu irgendeinem Zeitpunkt in den sechziger Jahren falsche Finanzpolitik betrieben. Vielmehr hätte sie schon vor vielen Jahren Rücklagen für die Kanalisation und den Schulhausneubau gebildet. Auch der Rücklagebetrag von 38 000 Mark für die Leichenhalle fehlen heute in dem Gesamtkonzept. Man habe schon 1962 kanalisieren wollen. Damals hätte man wesentlich billiger die Sache durchziehen können. Nach wie vor sei seine Fraktion gegen die Sitzungsgelder. Die Freie Liste lehne deshalb den Etat ab.

Bürgermeister Günter Ollig erwiderte, man könne nur Rücklagen bilden, wenn Geld vorhanden sei. Im übrigen stimme es, daß die Kanalisation 1962 billiger gewesen sei als heute. Deshalb wolle man jetzt so viel wie möglich durchziehen, um den Bürger vor weiteren Preissteigerungen zu bewahren.

Nach den sachlichen Beratungen stimmten 15 Mitglieder der SPD- und CDU-Fraktion gegen die beiden Stimmen der Freien Liste für den ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplan. Das gleiche Abstimmungsergebnis wurde bei der Verabschiedung des Stellenplanes erzielt.

Die Haushaltssatzung, die gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben ist, wurde bei 13 Ja-Stimmen und drei Nein-Stimmen angenommen.